



Protokoll der Präsidentenkonferenz 3/2006

14. November 2006, 0945 Uhr im Alterszentrum Tiergarten, 0855 Zürich

Vorsitz: Kaspar Zimmermann
Protokoll: Andreas Melchior
Teilnehmer: 16 Mitgliederverbände, 2 Altersorganisationen (Gäste)
32 Teilnehmer, davon 6 Vorstandsmitglieder

Traktanden:

1. Begrüssung, Protokoll, Präsenzfeststellung, Stimmzähler
2. Einheitskrankenkasse: Pro-Referat von Frau NRin Christine Goll Kontra Referat von Herrn Dr. med. Grete, anschliessend Diskussion unter Leitung von alt NR H.W. Widrig,
3. Protokoll der Präsidentenkonferenz vom 4. Juli 2006
4. Allgemeine Orientierung (Kaspar Zimmermann)
5. Jahresprogramm des SVS 2007 (Hans Werner Widrig)
6. Anträge des politischen Ausschusses
 - a. Mitgliederstruktur: Orientierung durch die Arbeitsgruppe (Engelbrecht) – Antrag; Diskussion; Beschlussfassung
 - b. Reglement der Präsidentenkonferenz und des politischen Ausschusses (Melchior) – Diskussion; Beschlussfassung
7. Allfälliges / Verschiedenes

1. Begrüssung, Protokoll, Präsenzfeststellung, Stimmzähler

Der Präsident begrüsst die Präsidenten der Mitgliederverbände und weitere Teilnehmer zur dritten Präsidentenkonferenz. Er gibt die Entschuldigungen bekannt. Weil unsere Vertreter im Seniorenrat kurzfristig zu einer Besprechung mit Bundesrat Couchepin eingeladen wurden, mussten auch sie sich entschuldigen.

Weiter darf unser Präsident Vertreter von zwei Altersorganisationen begrüssen, die dem SVS beitreten möchten und zur PK eingeladen wurden. Es sind dies Herr G.M.Monti von „Aktives Alter Adligenschwil“ (Kanton Luzern) und Frau Bächli sowie Herr Fröhlich von den „Veteranen- und Senioren-Vereinigung des Kaufmännischen Verbandes Zürich VSV-KVZ“. Sie werden von der Versammlung herzlich willkommen geheissen.

Um uns aus berufenen Munde die Vorteil- und Nachteile einer Einheitskrankenkasse informieren zu können, sind Frau Nationalrätin Christine Goll und Herr Dr. med. Walter Grete eingeladen worden. Der Präsident heisst sie ebenfalls herzlich willkommen und dankt ihnen, dass sie sich in einem Pro- bzw. Kontra- Referat von je 10 Minuten dazu äussern wollen.

Das Protokoll wird Andrea Melchior stellvertretend für Dr. Hans Zürrer erstellen, der zur Zeit in Spanien weilt.

Nach der Präsenzfeststellung und der Wahl von zwei Stimmzähler gibt der Präsident das Wort frei für das Traktandum 2.

2. Einheitskrankenkasse (Initiative der SP)

Eine Zusammenfassung des Pro- von Frau Nationalrätin Christine Goll bzw. des Kontra-

Referats von Herr Dr. med. Walter Grete sind im Anhang 1. Nach geführter Diskussion stimmen die Präsidenten mit grosser Mehrheit gegen die Einführung einer Einheitskrankenkasse.

3. Protokoll der Präsidentenkonferenz vom 4.Juli 06

Das Protokoll wird ohne Kommentar und mit dem Dank an den Protokollführer genehmigt.

4. Allgemeine Orientierung durch den Präsidenten

Präsident Kaspar Zimmermann lässt Revue passieren, was seit der letzten Präsidentenkonferenz gelaufen ist:

- *KOSA – Initiative.* Das Ergebnis der Volksabstimmung ist deutlicher ausgefallen, als allgemein erwartet wurde. Der SVS lag also mit seiner Stellungnahme goldrichtig.
- *Heiratsstrafe.* Hans Werner Widrig hatte im Auftrag des Seniorenrates den Mitgliedern des in Flims tagenden Nationalrates eine Stellungnahme und einen Textvorschlag für die Verfassung zukommen lassen. Vorläufig leider ohne Erfolg. Der Vorschlag sollte den steuerlichen Nachteil gegenüber den Konkubinatspaaren nicht nur den im Berufsleben stehenden Ehepaaren korrigieren, sondern auch den Rentner-Ehepaaren.
- *Strukturreform in der beruflichen Vorsorge.* Der SVS hat in der Vernehmlassung eine Stellungnahme ausgearbeitet, unabhängig vom Seniorenrat, wo keine Einigung zu erzielen war. Auch diesbezüglich hatte Hans Werner Widrig die Federführung übernommen. Weitere Informationen wird Hans Werner Widrig im Zusammenhang mit dem Jahresprogramm 2007 geben.

5. Jahresprogramm des SVS für das Jahr 2007

Hans Werner Widrig informierte über die Ausarbeitung des Jahresprogramms. Bei der Umfrage bei den Mitgliederverbänden für Vorschläge wurde mehrheitlich auf die Langzeitpflege hingewiesen. Entsprechend wurde das Programm in der dafür bestellten Kommission ausgearbeitet. Andere Vorschläge werden im Auge behalten, andere sollte in den Kantonalverbänden weiterverfolgt werden, weil der Kanton dafür zuständig ist (z.B. Ergänzungsleistungen, Spitex, Haus- und Landärztemangel). Die Kommission beschloss, nur einige wenige Themen ins Programm 2007 aufzunehmen, diese dafür vertieft anzugehen.

06. September in Baden AG

Vormittag: Referate und Diskussion mit Fachleuten und Politikern

- Langzeitpflege: Wo stehen wir heute? Auslegeordnung
- Langzeitpflege wohin?

Nachmittag:

- Podiumsdiskussion

Weitere Fixpunkte sind:

20. Februar Präsidentenkonferenz in Bern

- Besichtigung der Nationalbank

27. März Delegiertenversammlung in Sarnen

- Generationenvertrag mit Referat und
- Diskussion mit Vertretern von Alt und Jung

2.-11. März MUBA in Basel

- Auftritt an der MUBA
 - a während der gesamten Dauer der Ausstellung oder
 - b an 1 Nachmittag Referat(e) und Diskussion zu einem Gesundheitsthema

6 Aufträge des politischen Ausschusses

a. Mitgliederstrukturen der Verbände

Die Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Kurt Engelbrecht schlägt vor, in Anbetracht der laufenden Entwicklungen im SVS ein Moratorium einzuhalten, aber gleichzeitig mit Mitgliederverbänden Kontakt aufzunehmen um abzuklären, welche Möglichkeiten bestehen, die politische Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und dem SVS zu festigen und gleichzeitig auszuloten, wie die finanziellen Beiträge der Mitgliederverbände gestaltet werden könnten. Der Vorstand möchte also, dass gründlich abgeklärt wird.

b. *Reglement für die Präsidentenkonferenz*

Nach der Vorstellung des Entwurfs und der rege benutzten Diskussion wird das Reglement (Anhang 2) zuhanden der Delegiertenversammlung vom 27.3.07 verabschiedet.

7 Allfälliges / Verschiedenes.

MUBA 2007 Fahrplan des SVNW (Anhang 3)

Franz Meyer orientierte über den Stand der Vorbereitungen des SVNW für seinen Auftritt an der MUBA und lädt die Mitgliederverbände ein, mit zu machen oder ihre Mitglieder zum Besuch der Veranstaltungen zu sensibilisieren.

Die Zeitschrift „Autonom“ des SVNW

Dr. Alfred Stingelin orientiert über die Zeitschrift „Autonom“ und der Möglichkeit für die anderen Verbände, Beiträge zu plazieren oder allenfalls auch dieses Organ zu abonnieren.

Schluss der Konferenz um 13.15 Uhr

Mit dem Dank für die rege Teilnahme schliesst Präsident Zimmermann die Konferenz und wünscht für das anschliessende Mittagessen guten Appetit.

Chur, 17. November 2006

Der Protokollführer: Andrea Melchior

Initiative zur Einführung einer Einheitskrankenkasse,

Orientierung an der Präsidentenkonferenz vom 14. Nov.2006

Hans Werner Widrig stellt die Referenten einzeln vor und übergibt das Wort Frau Nationalrätin Christine Goll, die sich für die Annahme der SP-Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse ausspricht:

Text der Initiative: „Im Art. 117 Abs. 3 der Bundesverfassung soll neu festgehalten werden: „Der Bund richtet eine Einheitskrankenkasse für die obligatorische Krankenpflegeversicherung ein. Im Verwaltungsrat und im Aufsichtsrat sind die Behörden, die Leistungserbringer und die Interessenvertretung der Versicherten mit jeweils gleich vielen Personen vertreten. Das Gesetz regelt die Finanzierung der Kasse. Es legt die Prämien nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten fest.“

Auf die Frage, weshalb denn eine Einheitskasse nötig sei, stellte Frau Goll fest:

- Die Schweiz habe das zweit teuerste Gesundheitswesen der Welt, die Kosten würden 12% des Bruttosozialprodukt ausmachen, wobei allein die Patienten 68% davon bezahlen. In keinem anderen Land sei der Selbstbehalt grösser. Die Versicherer würde ihr Macht zu ihren Gunsten und zu Lasten der Versicherer missbrauchen.
- Ein gut ausgebauter Leistungskatalog der Grundversicherung sei genügend, weshalb es gar keine Zusatzversicherungen brauche. Sie würden ohnehin nur dazu dienen, damit Ärzte und die Krankenkassen gute Geschäfte machen könnten.
- Nur Gutverdienende könnten sich Zusatzversicherungen leisten, was zu einer Zweiklassengesellschaft führe. Bei einer Einheitskrankenkasse mit einer gut ausgebauten Grundversicherung werde niemand ausgeschlossen und gleichzeitig würde die Solidarität in der Gesellschaft gestärkt.
- Die Konkurrenz zwischen den Krankenkassen sei eine Scheinkonkurrenz, die keine Einsparungen bringe. Mit der Einheitskrankenkassen könnten die beträchtlichen Werbekosten eingespart werden.

Nach Dr. med. Grete sind die Probleme im Gesundheitswesen selbst zu suchen. Nur dort lassen sich Einsparungen erzielen, die namhafte Einsparungen erlauben. Die 20 Milliarden der Grundversicherung bestehen aus folgenden Kostenblöcken: 37% Spital / 23% Arztkosten / 21% Medikamente (ohne Spital) / 10% Pflegeheime, Spitex / 9% übrige Kosten (incl. 5,6% Verwaltungskosten der Krankenkassen),

Die Verwaltungskosten, in denen auch die Werbekosten der Krankenkassen enthalten sind, sind im Vergleich also minim. Sie machen jährlich je Versicherte@ bloss 80 Rp aus. Bei der SUVA sind die Verwaltungskosten 9.9%. Die hohen Kosten im Gesundheitswesen lassen sich mit einer Einheitskosten also nicht lösen.

Insofern ist Herr Grete mit Frau Goll einig, dass im Gesundheitswesen die Konkurrenz nicht spielt. Es gebe im System aber noch Einsparungsmöglichkeiten, auch im Bereich der Ärzte. Ohne echte Konkurrenz zwischen den Leistungserbringern könnten diese aber nicht realisiert werden. Eine Einheitskrankenkasse könne sich ja nicht selbst konkurrenzieren und die Versicherer hätten auch keine Möglichkeit mehr die Kasse zu wechseln. Zudem wären die Leistungserbringern dem Diktat eines alles beherrschenden Koloss (Einheitskrankenkasse) ausgesetzt. So lassen sich mit Bestimmtheit keine Kosten einsparen.

Herr Grete sieht sechs Hauptprobleme:

- Indem es keinen echten Markt zwischen den Leistungserbringern gebe.
- In der Anspruchsmentalität der Verbraucher, d.h. wenn man schon Prämien bezahle, wolle man davon auch profitieren.
- In der Vielzahl der 26 kantonalen Gesundheitswesen.

- Im Fortschritt der Medizin, die immer wieder neue teure Produkte, Methoden und Apparate auf den Markt bringe, auf die kaum jemand verzichten möchte, wenn er selbst betroffen ist.
- In den zu teuren Medikamenten und in der noch mangelnden Akzeptanz der Generika.
- In der Spitalfinanzierung: Die Kantone haben „verschiedene Hüte“ auf und sind gewissermassen Richter in eigener Sache. Das monistische Finanzierungssystem müsse eingeführt werden. Die Konkurrenz auch über die Kantonsgrenzen hinaus sollte spielen, was heute nicht der Fall sei.

Die mit der Initiative vorgesehene Einführung einer einkommens- und vermögensabhängigen Krankenkassenprämien führe zur Umverteilung von Gelder von gewaltigem Ausmass, einmal in Form einer Art „Reichtumssteuer“ und zum anderen zu höheren Prämien in jenen Kantonen, die sich bisher haushälterisch verhalten hätten, zu Gunsten der Kantone mit einer ausgeprägteren Anspruchsmentalität.

(Einspruch von Frau Goll: im Zusammenhang mit der Gesetzgebung habe das Parlament die Möglichkeit diese unterschiedlichen Verhältnisse zu berücksichtigen). (Wie dies geschehen soll, diese Frage blieb allerdings unbeantwortet). Nach Meinung von Dr. Grete führe die Zustimmung zur Initiative für eine Einheitskrankenkasse letztlich zu einem staatlichen Gesundheitswesen, das mehr Kosten verursachen würde, als die nötigen Korrekturen am bestehenden System.

In der Parolenfassung entschieden sich die Präsidenten mit grosser Mehrheit gegen die Einführung einer Einheitskrankenkasse.

16.11.06

Der Berichterstatter: A.Melchior

Reglement für die Präsidentenkonferenz (PK)

1. Präambel

Die Präsidentenkonferenz ist „der politische Motor des SVS“. Ihre Tätigkeit ist grundsätzlich planerischer Art. Das Reglement umschreibt die Verfahren und Aufgaben der Präsidentenkonferenz, sofern sie in den Statuten nicht schon festgelegt sind.

2. Mitglieder und Vorsitz

An der Präsidentenkonferenz nehmen teil:

- die Präsidenten der Mitgliederverbände, ihrer Unterverbände, Sektionen, Vereine etc. mit mindestens 50 Mitgliedern,
- die Mitglieder des SVS Vorstandes und
- die Mitglieder der SVS Fraktion im SSR.

Sie haben in der PK eine Stimme – unabhängig von der Mitgliederzahl ihrer Organisationen, die sie vertreten. Die PK wird vom Präsidenten des SVS geleitet.

3. Aufgabe der Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz bestimmt die politische Grundausrichtung und leitet daraus die Ziele des SVS ab. Sie erstellt das Jahresprogramm, bearbeitet grundsätzliche Fragen und bereitet die der DV vorzulegenden Geschäfte vor. Ihr zur Seite stehen:

- der politische Ausschuss
- die Kommissionen und
- Arbeitsgruppen.

3.1 Der politische Ausschuss (PA)

Der politische Ausschuss setzt sich zusammen aus:

- dem Präsidenten des SVS,
- dem Vertreter der Mitgliederverbände, der jeweils von der PK für 2 Jahre gewählt wird,
- dem Vorsitzenden der SVS - Fraktion im SSR,
- dem Medienverantwortlichen des Vorstandes sowie weiteren Personen, je nach den zu behandelnden Geschäften.

Der politisch Ausschuss konstituiert sich selbst. Er ermittelt und erfasst Meinungen der Mitgliederverbände, koordiniert sie zusammen mit Ergebnissen aus Kommissionen und Vorstand und setzt Prioritäten. Bei Bedarf setzt er Arbeitsgruppen ein und veranlasst Umfragen. Gegebenenfalls nimmt er öffentlich zu politischen Fragen Stellung.

3.2 Kommissionen / Arbeitsgruppen

- Kommissionen dienen zur Aufarbeitung von planerischen Aufgaben. Ihre Mitglieder werden für zwei Jahre von der PK bestimmt. Die Ergebnisse der Kommissionen werden der Präsidentenkonferenz zum Entscheid bzw. zur Weiterleitung an die DV vorgelegt.
- Arbeitsgruppen bearbeiten kurzfristig anfallende Probleme. Sie werden vom PA bestellt.

4. Spesen und Entschädigungen: Es gilt das genehmigte Spesenreglement

5. Inkrafttreten: Dieses Reglement tritt nach Annahme durch die Präsidentenkonferenz und Genehmigung durch die Delegiertenversammlung vom 27.März 2007 in Kraft.

Mch